

59

### Beschluss(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen Sabine SCHWARZ und Mag. Caroline HUNGERLÄNDER, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 25.06.2019 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Bildung, Integration, Jugend und Personal)

#### betreffend Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz

Anders als von den zuständigen Stellen der Stadt behauptet, gibt es in Wien nicht annähernd ausreichend Kindergartenplätze, insbesondere für unter Dreijährige. Dies führt immer wieder zu kuriosen Situationen. Immer wieder und immer öfter melden sich Eltern bei uns und informieren uns über folgende Vorgangsweise in den städtischen Kindergärten. So verlieren Kinder ihren Ganztagskindergartenplatz und haben nur noch Anspruch auf einen Halbtagsplatz, wenn die Mutter in Karenz ist. Ähnliche Probleme werden uns von Eltern gemeldet, die AMS-Kurse besuchen. Hier haben die Eltern keinen Anspruch auf einen Kindergartenplatz in einer Einrichtung der Stadt Wien.

Auf Grund des großen Bedarfs an Kindergartenplätzen und des bildungspolitischen Werts, den der Besuch eines Kindergartens für jedes Kind hat, sollte man in Wien einen Schritt weiter gehen und einen allgemein gültigen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz gesetzlich verankern.

Die bislang gelebte und aufgezeigte Praxis manchen Kindern einen Betreuungsplatz zu verweigern würde dadurch der Vergangenheit angehören oder zumindest erschwert.

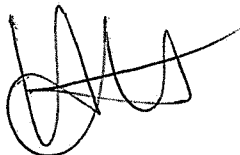
Die gefertigten Gemeinderätinnen stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

#### Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat spricht sich für die Verankerung eines Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz aus und ersucht in diesem Zusammenhang die zuständigen Stellen der Wiener Landesregierung, im Speziellen den amtsführenden Stadtrat für Bildung, Integration, Jugend und Personal, die erforderlichen legislativen und administrativen Schritte und Maßnahmen zu setzen bzw. einzuleiten.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 25.06.2019



MAGISTRATSDIREKTION DER STADT WIEN abgelehnt Eing.: 25. JUNI 2019 PGL-557797-2019-KVP/GAT Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat, Landesregierung und Stadtsenat
--